



HESSISCHER LANDTAG

08. 11. 2011

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE

betreffend keine weitere Genehmigung der Salzlaugenversenkung im Kalirevier

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Hessische Landtag stellt fest, dass durch die Versenkung von salzhaltigen Abwässern in den Untergrund eine Gefährdung des Grundwasser und somit der Trinkwasserressourcen gegeben ist.
2. Der Hessische Landtag stellt fest, dass Oberflächen- und Grundwässer als lebenswichtige Ressourcen zu schützen sind und die Versenkung von Abwässern in den Untergrund gegen die EG-Wasserrahmenrichtlinie verstößt.
3. Eine weitere Genehmigung zur Versenkung von salzhaltigen Abwässern in den Untergrund durch die K+S Kali GmbH soll nicht erteilt werden.

Begründung:

Seit Beginn des Kalibergbaus wurden im Werra-Gebiet über 1 Mrd. m³ Salzabwasser in eine Tiefe von 400 bis 500 Metern in die geologische Schicht des Plattendolomits verpresst. Die verpressten Abwässer treten in Bereichen von geologischen Verwerfungen in die süßwasserführende Schicht des Buntsandsteins über und zerstören diese Trinkwasserressourcen unwiederbringlich. Von einem verbleibenden sicheren Versenkraum im Plattendolomit kann nicht gesprochen werden, das bestätigt auch das Hessische Landesamt für Umwelt und Geologie (HLUG) und empfiehlt die Einstellung der Versenkung. Der Prozess der Trinkwasserversalzung kann über Jahrzehnte, auch nach dem Ende der Verpressung andauern. Das Ende dieser Abwasserentsorgung ist daher schon lange überfällig.

Am 30. November läuft die Genehmigung für die Versenkung von salzhaltigen Abwässern aus der Kaliproduktion der K+S Kali GmbH aus. Am 30. November 2010 hat der Konzern einen Neuantrag für die Versenkung von 46 Mio. m³ über 10 Jahre beim Regierungspräsidium Kassel eingereicht.

Seit Dezember 2000 ist die EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) in Kraft. Im Dezember 2003 wurde die WRRL in deutsches Recht umgesetzt. Das Wasserhaushaltsgesetz und die Landeswassergesetze wurden angepasst. Der K+S Konzern hatte somit über 10 Jahre Zeit, seine Produktionsverfahren der Umweltgesetzgebung anzupassen. Diese Zeit hat der Konzern nicht genutzt, um die Kaliproduktion auf nachhaltige und umweltschonende Verfahren umzustellen. Will das Land Hessen sich nicht selbst weiterhin strafbar machen und die fortgesetzte Zerstörung unserer Trinkwasserressourcen dulden, darf es die weitere Versenkung der Abwässer in den Untergrund nicht genehmigen.

Wiesbaden, 8. November 2011

Der Fraktionsvorsitzende:
van Ooyen